

Resolution

zur Franken-Sachsen-Magistrale

anlässlich der Konferenz zur Franken-Sachsen-Magistrale am 15. November 2022

Der Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale von Nürnberg über Hof nach Dresden samt Abzweigung in die Tschechische Republik ist eine zentrale Infrastrukturmaßnahme für das Zusammenwachsen von Freistaat Bayern und Freistaat Sachsen sowie der EU an der ehemaligen Nahtstelle des Eisernen Vorhangs. Dieses Projekt dient dem Personenverkehr und dem Güterverkehr gleichermaßen. Darum befindet es sich im Bundesverkehrswegeplan, seit nunmehr 30 Jahren. Neben der verkehrlichen und nachbarschaftlichen Wirkung trägt die Maßnahme durch die Elektrifizierung erheblich zum Klimaschutz bei.

Der für die bundeseigene Schieneninfrastruktur zuständige Bund und die Deutsche Bahn AG haben den Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale bis dato allerdings nur zur Hälfte umgesetzt und die Oberleitung vor zehn Jahren nach Hof gebracht. Nahezu der gesamte bayerische Teil harrt weiterhin auf die Umsetzung. Nachdem der Bund bei der Erstellung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030) ein für den Ausbau ausreichendes Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,3 ermittelt hatte, hat sich der Wert nach Abschluss der Vorplanungen auf 0,6 mehr als halbiert. Damit gilt das Vorhaben als unwirtschaftlich und liegt seitdem auf Eis.

Dies wollen und können wir nicht hinnehmen.

Der längst überfällige Lückenschluss zwischen Nordostbayern, Südwestsachsen und der Tschechischen Republik ist nicht nur für die Menschen und die Wirtschaft in der Region von größter Wichtigkeit. Als integraler Bestandteil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes im Kernnetzkorridor Rhein-Donau hat die Strecke nicht nur überregionale, sondern internationale Bedeutung. Diese wurde in der Bundesverkehrswegeplanung mehrmals geprüft und bestätigt.

Der Bund hat in die Vorplanungen des noch ausstehenden Ausbauvorhabens und des damit einhergehenden Lückenschlusses bereits über 25 Millionen Euro investiert, die nicht verloren gehen dürfen. Der Freistaat Bayern und der Freistaat Sachsen haben genauso wie die EU in den bis 2013 erfolgten Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale bis Hof Mittel investiert im Vertrauen auf eine Realisierung des Gesamtprojekts zwischen Dresden und Nürnberg.

Wir fordern den Bund auf, rasch einen Lösungsweg aufzuzeigen und einzuschlagen, damit Planung und Realisierung dieser wichtigen Schienenausbaumaßnahme wieder Fahrt aufnehmen und das ursprünglich intendierte Verkehrsprojekt in seiner Gesamtheit endlich umgesetzt wird.

In Anbetracht der Verkehrs- und Klimaziele sowie des Anwohnerschutzes darf es nicht sein, dass die Elektrifizierung einer Hauptstrecke vor allem aufgrund topographischer Aspekte aufs Abstellgleis geschoben wird.

Wir fordern aus struktur- und klimaschutzpolitischen Gründen, die vollständige Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale per Gesetz vorzunehmen, so wie dies beispielsweise beim Bahnausbau in den Kohleregionen in Mittel- und Westdeutschland bereits der Fall ist.

Unabhängig davon zweifeln wir die der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen wie auch die Methodik und somit das negative Ergebnis für den restlichen Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale an. Wir fordern deshalb eine Revision der Nutzen-Kosten-Berechnung.

Es ist u. a. nicht nachvollziehbar...

...warum der Streckenabschnitt Hof – Marktredwitz in die Bewertung mit eingeflossen ist, obwohl dessen Ausbau auch über die Elektrifizierung des Ostkorridor Süd gesichert ist.

...warum die Ausrüstungskosten mit ETCS auf Teilen der Strecke in die Berechnung mit einbezogen wurde, obwohl die Digitalisierung der Schiene aus anderen Haushaltsmitteln finanziert wird und dies ohnehin unabhängig von der Elektrifizierung erfolgen muss.

...warum die Neigetechnik nicht berücksichtigt wurde, obwohl der Bund diese in seinem Masterplan Deutschland-Takt auf der Ausbaustrecke ausdrücklich vorsieht.

...warum die Kosten von Ersatzneubauten von Brücken im Pegnitztal mit angerechnet wurden, obwohl die Brücken unabhängig vom Ausbauvorhaben schon seit Jahren zur Erneuerung anstehen.

...warum nur relativ geringe Güterverkehrsströme über die Franken-Sachsen-Magistrale unterstellt wurden, obwohl sie im Vergleich zu den Alternativrouten größere Anhängelasten erlaubt und ganztägig mehr Kapazitätsreserven aufweist.

Wir fordern den Bund deshalb auf, zu dem der Resolution beiliegenden Fragen- und Forderungskatalog bis Ende 2022 Stellung zu beziehen.

Auf Grundlage des gegenwärtigen Ergebnisses der Neubewertung können und dürfen keine weiteren Maßnahmen oder Entscheidungen getroffen werden, die der Realisierung entgegenstehen. Vielmehr muss ein Abstimmungsprozess zwischen Bund, DB Netz AG und Gutachtern unter Einbeziehung der beiden Freistaaten und der Region mit dem Ziel einer Weiterplanung des Ausbauprojekts bis spätestens Mitte 2023 umgehend initiiert werden. Die Franken-Sachsen-Magistrale ist integraler Bestandteil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes und diesem Status entsprechend vollständig zu elektrifizieren.

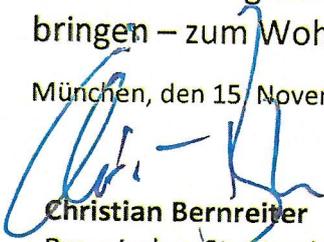
Dabei soll der komplette Nutzen für den Nahverkehr berücksichtigt werden. Denn die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist Voraussetzung und Initialzündung für die Erweiterung der S-Bahn Nürnberg, die Anbindung der Bezirkshauptstadt Bayreuth an das nordbayerische Wirtschaftszentrum und den Bahnknoten Nürnberg sowie für die Umstellung des Regional- und Nahverkehrs auf Hybridtriebwagen in ganz Nordostbayern.

Die Region und die betroffenen Länder stehen – im Wortsinne – unter Strom. Vor 30 Jahren wurde der Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale erstmals in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen. Seitdem wurde das für das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas so zentrale wie ökonomisch bedeutsame Verkehrsprojekt immer wieder hinausgezögert und verdrängt.

Die Anwohner und die Wirtschaft an der Franken-Sachsen-Magistrale sollen jetzt auf das Abstellgleis geschoben werden. Diese massive Benachteiligung und Verhinderung der Mobilitätswende nehmen wir nicht mehr hin!

Wir sind zuversichtlich, dass gemeinsam eine Lösung gefunden wird, die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale erfolgreich zum Abschluss zu bringen – zum Wohle der Region, der Länder und Europas.

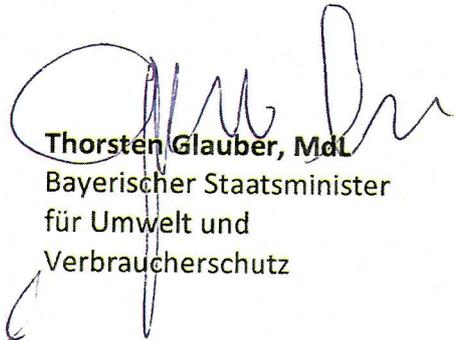
München, den 15. November 2022



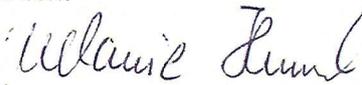
Christian Bernreiter
Bayerischer Staatsminister
für Wohnen, Bau und
Verkehr



Martin Dulig, MdL
Sächsischer Staatsminister
für Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr



Thorsten Glauber, MdL
Bayerischer Staatsminister
für Umwelt und
Verbraucherschutz



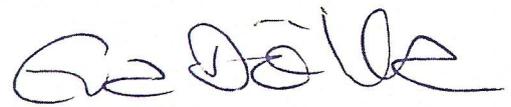
Melanie Huml, MdL
Bayerische Staatsministerin
für Europaangelegenheiten
und Internationales



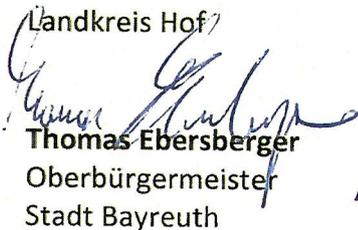
Dr. Oliver Bär
Landrat
Landkreis Hof



Peter Berek
Landrat
Landkreis Wunsiedel i. F.



Eva Döhla
Oberbürgermeisterin
Stadt Hof



Thomas Ebersberger
Oberbürgermeister
Stadt Bayreuth



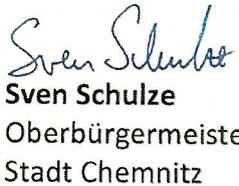
Roland Grillmeier
Landrat
Landkreis Tirschenreuth



Marcus König
Oberbürgermeister
Stadt Nürnberg



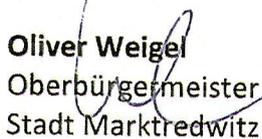
Armin Kroder
Landrat des Landkreises
Nürnberger Land



Sven Schulze
Oberbürgermeister
Stadt Chemnitz



Klaus Peter Söllner
Landrat des Landkreises
Kulmbach



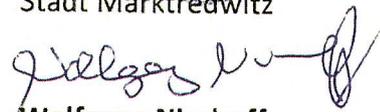
Oliver Weigel
Oberbürgermeister
Stadt Marktredwitz



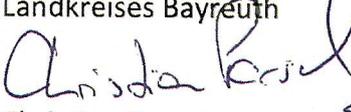
Florian Wiedemann
Landrat
Landkreises Bayreuth



Steffen Zenner
Oberbürgermeister
Stadt Plauen



Wolfgang Nierhoff
Erster Bürgermeister
Stadt Pegnitz



Christian Porsch
Erster Bürgermeister
Gemeinde Speichersdorf



Silvia Queck-Hänel
Bürgermeisterin
Stadt Zwickau



Dr. h.c. Dieter Pfortner
Präsident
IHK Chemnitz



Dr. Michael Waasner
Präsident
IHK für Oberfranken
Bayreuth



Dr. Armin Zitzmann
Präsident
IHK für Mittelfranken
Nürnberg

Die Resolution zur Franken-Sachsen-Magistrale
vom 15. November 2022 wird unterstützt von

Silke Jensch, MoB El. H. MdL

Klaus Blett MdL

Graue Hoyer MoB

Emmi Zechner, MoB

Ralph Gollitz, MoB

Judith Bredel MoB

Thomas Rf, MdL

Malin Söfle, MdL

Wolfgang Haubert, MdL

Peer Böt Handlungsmann
für Oberfranken

Michael Prützmann, LEAG

Jane Lisa Neel WIFE CRABT

Die Resolution zur Franken-Sachsen-Magistrale

vom 15. November 2022 wird unterstützt von

Thomas Lutz

Philipp Pfeiffer Landrat Landkreis

Matthias, MdB

Oliver Beiler MdB f. CH.

Dr. Udo Lutz 1. stellv. Vorsitz. f. Fusi

Robert

Nico Toppelt Mitglied des
Deutschen Bundestages für die

Landesparlament